

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



11. JUNI 1997

EXTRABLATT

DM 0,20

Nieder mit Maastricht! Für ein Arbeiterereuropa – Für sozialistische Revolution!

N.Y. SPARTACIST LEAGUE
P.O. BOX 5381
CHURCH ST. STATION
NEW YORK, NY 10008
212 - 267-1025

Die kapitalistischen Herrscher Westeuropas haben ihre Austeritätsangriffe auf die Werktätigen ausgeweitet und den rassistischen Terror gegen Immigranten und Minderheiten verschärft. Als proletarische Internationalisten lehnen wir von der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) die Europäische Union als einen imperialistischen Wirtschaftsblock ab, der ein Mittel zur kapitalistischen Zusammenarbeit gegen die werktätigen Massen

Erklärung der Internationalen Kommunistischen Liga zum Amsterdamer „Euromarsch“

Europas ist. Die Arbeiterklasse muß sich gegen die Durchsetzung des Maastrichter Vertrages von 1992 über die „Währungsunion“ wehren. Dieser Vertrag ist ein Pakt der kapitalistischen Herren Europas, um gegen andere Weltmächte um Märkte zu konkurrieren, und das heißt zunehmende Angriffe auf die Arbeiterklasse und ethnische Minderheiten.

Die gegenwärtige reaktionäre Angriffswelle, symbolisiert durch Maastricht, ist eine direkte Folge der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion und der bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas. Die bolschewistische Revolution von 1917 war das herausragende Ereignis des 20. Jahrhunderts, die erste und einzige siegreiche Arbeiterrevolution. Doch der Druck der imperialistischen Einkreisung auf ein ökonomisch rückständiges Land, die verheerenden Verluste der russischen Arbeiterklasse im Bürgerkrieg sowie das Scheitern und die Niederlagen der proletarischen Revolutionen in anderen Ländern – zum großen Teil aufgrund des Verrats der westeuropäischen Sozialdemokratie – bahnten der politischen Konterrevolution von 1923/24 den Weg. Dieser sowjetische Thermidor führte zur jahrzehntelangen Mißwirtschaft und Unterdrückung durch eine nationalistische, parasitäre Kaste unter Stalin und seinen Erben. Das Endergebnis der stalinistischen Verratspolitik – gerechtfertigt durch die Lüge über den „Aufbau

des Sozialismus in einem Land“, wonach international die Arbeiterrevolution den Zugeständnissen an den Imperialismus untergeordnet wurde – bestand in der kapitalistischen Konterrevolution, die den sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat in den Jahren 1991/92 zerstörte. Wir Trotzisten haben die Oktobererrungenschaften immer gegen Imperialismus und Konterrevolution verteidigt und für die proletarisch-politische Revolution gekämpft, um die stalinistischen Usurpatoren hinwegzufegen. Heute kämpfen wir für neue Oktoberrevolutionen als einzige Antwort auf die sich verschärfende kapitalistische Reaktion.

Die Zerstörung der Sowjetunion hat zu verschärften interimperialistischen Konflikten über die Neuaufteilung der Weltmärkte und Ausbeutungsmöglichkeiten geführt, was letztlich die Gefahr eines dritten Weltkrieges bedeutet. Das globale System des „Freihandels“ – der wirtschaftliche Kitt, der das von den USA dominierte antisowjetische Bündnis zusammenhielt – bröckelt auseinander, da die wichtigsten kapitalistischen Mächte rivalisierende Handelsblöcke bilden: eine von Deutschland geführte Europäische Union mit Osteuropa als Hinterland; eine von Japan geführte „Ostasiatische Wohlstandssphäre“ mit Südostasien als Niedriglohn-Werkstatt; und ein von den USA dominiertes Nordamerikanisches Handelsabkommen zum Nutzen der amerikanischen Bourgeoisie, ihres kanadischen Juniorpartners und ihrer Lakaien in der herrschenden Klasse Mexikos. Wie wir in einer gemeinsamen Erklärung der Spartacist League/U.S., der Grupo Esparquista de Mexico und der Trotskyist League of Canada unter dem Titel „Stoppt die Plünderung Mexikos durch den US-Freihandel“ (*Workers Vanguard*, 5. Juli 1991) schrieben:

„Schon zur Zeit des Ersten Weltkriegs stellte Lenin fest, daß die engen Grenzen des kapitalistischen Nationalstaates eine Fessel für die Entwicklung der Produktivkräfte geworden waren und einen Kampf über die Neuaufteilung der Welt ausgelöst hatten. Die verschiedenen ‚Gemeinsamen Märkte‘ werden dies nicht überwinden, sondern im Gegenteil interimperialistische Rivalitäten vertiefen. Wir Trotzisten, wir Kommunisten kämpfen für die wirtschaftliche Integration der Welt auf einer sozialistischen Grundlage.“

**Nein zu den sozialdemokratischen Handlangern
der kapitalistischen Austeritätspolitik!**

Die Bourgeoisien müssen die Ausbeutungsrate drastisch erhöhen und ihre Arbeitskosten senken, um international konkurrieren zu können. Die Sozialleistungen, die zur Zeit in Westeuropa unter Beschuß stehen, wurden im Anschluß an den Zweiten Weltkrieg gewährt, um das zu abzuwenden, was die Kapitalisten als „kommunistische Gefahr“ sahen. Seit der Zerstörung der Sowjetunion sind die imperialistischen Bourgeoisien daran gegangen, den „Sozialstaat“ zu demontieren.

Dieser Kahlschlagkurs hat defensive Arbeiterkämpfe hervorgerufen, insbesondere in Italien, Frankreich, Spanien und Deutschland – oftmals in einem seit Jahrzehnten nicht gesehenen Ausmaß. In Belgien, Spanien und Frankreich haben Renault-Arbeiter international koordinierte Protestversammlungen und Fabrikbesetzungen gegen Betriebs-schließungen, die Tausende Arbeitsplätze gefährdeten, durchgeführt. In Deutschland haben im März 85 000 Bergleute im Ruhrgebiet und im Saarland gegen Zechenschließungen und Entlassungen die Arbeit niedergelegt. Jedesmal haben die reformistischen Massenparteien diese Kämpfe verraten und versucht, sie so weit wie möglich in die Sackgasse des Parlamentarismus abzulenken. Damit stellt sich die dringende Aufgabe, eine revolutionäre Führung der Arbeiterklasse zu schmieden. Die IKL kämpft dafür, bolschewistische Parteien aufzubauen, die das Proletariat gegen das gesamte kapitalistische System bis hin zur Eroberung der proletarischen Staatsmacht führen.

Eine Anzahl von Organisationen, darunter zentral das pseudotrotzkistische Vereinigte Sekretariat (VS) des verstorbenen Ernest Mandel, versucht sich die anwachsenden und massenhafte Opposition gegen die mit Maastricht verbundene Austeritätspolitik zunutze zu machen und veranstaltet am 14. Juni in Amsterdam einen „Euromarsch '97“, der zeitgleich mit einer EU-Konferenz stattfindet, wo über die Bedingungen von „Maastricht II“ verhandelt werden soll. Die offiziellen Forderungen des Marsches sind: für Vollbeschäftigung, Verteidigung der Sozialleistungen und gegen soziale „Ausgrenzung“. Es gibt *keinen Aufruf*, den Rassismus oder Faschismus zu bekämpfen, und die aufgestellten Forderungen sind alle auf einen Rahmen zugeschnitten, der das kapitalistische System *akzeptiert*.

Die Absicht der Organisatoren dieses Marsches, die bei den Wahlen in Frankreich die Sozialistische Partei (PS) und die Kommunistische Partei (KPF) unterstützten, besteht einfach darin, auf die reformistischen Irreführer Druck auszuüben. Vor größeren klassenfremden Kräften auf dem Bauch zu liegen, ist für die Pseudolinke nichts Neues. Wäh-

rend des ganzen zweiten Kalten Krieges, der mit der wutentbrannten Reaktion der Imperialisten auf den Einmarsch der sowjetischen Armee in Afghanistan 1979 begann, haben solche Gruppen wie das VS, die überwiegend in Britannien existierende Gruppe Workers Power (in Deutschland Gruppe Arbeitermacht) und die Socialist Workers Party von Tony Cliff (in Deutschland Linksruck-Jusos und Internationale Sozialistische Organisation) ihrer eigenen herrschenden Klasse und deren Lakaien in der Arbeiterbewegung nachgeplappert, wenn es darum ging, jeden möglichen konterrevolutionären Abschaum in der ehemaligen Sowjetunion und in Osteuropa zu unterstützen. So unterstützten sie die mit Nazis verseuchten baltischen Nationalisten; die Solidarność von Lech Walesa (die einzige „Gewerkschaft“ auf der Welt, die vom Vatikan, Reagan und Thatcher unterstützt wurde); und Jelzins Putsch in Rußland im August 1991. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion spielen jetzt Gruppen wie die Ligue communiste révolutionnaire (LCR), die französische Gruppe des VS, eine offenere Rolle als linkssozialdemokratische Pressure-groups gegenüber den reformistischen Arbeitermassenparteien und als Ratgeber für die Spitzenbürokraten der Gewerkschaften.

Die Sozialisten unter Lionel Jospin haben auf zynische Weise versucht, die starken Abneigungen der Arbeiterklasse gegen Maastricht auszunutzen, während sie gleichzeitig dem Maastricht-Programm verpflichtet bleiben. Mit dem Ziel der Besänftigung der Arbeiterunruhen, die Frankreich erschüttert haben, verbreiten sie leere liberale Plattheiten über eine „Neuorientierung für den Aufbau Europas“ im Zusammenhang mit einer Politik, die „im Dienste der Menschen“ stehen würde. Aber Mitterrands Erben sind nicht weniger den Interessen der Pariser Börse verpflichtet als die letzte sozialistisch geführte Regierung, deren Wirtschaftsprogramm sich als „*le franc fort*“ (starker Franc) und Maastricht zusammenfassen ließ. Die neue „Kohabitation“ genannte Regierung von Chirac und Jospin, einschließlich KPF, wird die brutalen Angriffe auf die Arbeiterklasse und die Armen fortsetzen; der Polizeiterror gegen ethnische Minderheiten im Inland und die imperialistische Ausplünderung in den afrikanischen und anderen französischen Kolonien und Neokolonien wird weitergehen. Tatsächlich hat der Faschist Le Pen starke Andeutungen gemacht, daß seine Unterstützer in der zweiten Runde der Wahl die Kandidaten der Volksfront gegen Chirac & Co. wählen sollten.

Im Kielwasser von Jospins PS erklären die Euromarsch-Organisatoren in einem Brief an die aufrufenden Organisationen, daß ihr Hauptziel darin besteht, „die ganze Ausrich-

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Abonniert die Zeitung der SpAD!

- Volles Abo (6 Ausgaben): DM 5,-
 Auslandsabo: DM 15,-; Übersee Luftpost: DM 20,-
 beide Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

11. Juni 1997

Bestellt bei:

Verlag Avantgarde, Postfach 5 55, 10127 Berlin
 Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
 PO Box 7429
 New York, NY 10116, USA

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
 Postfach 5 55, 10127 Berlin
 Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Halle: SpAD, Postfach 20 11 31, 06012 Halle
 Telefon: (03 45) 2 02 90 55

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
 Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
 Telefon: (0 40) 32 36 44

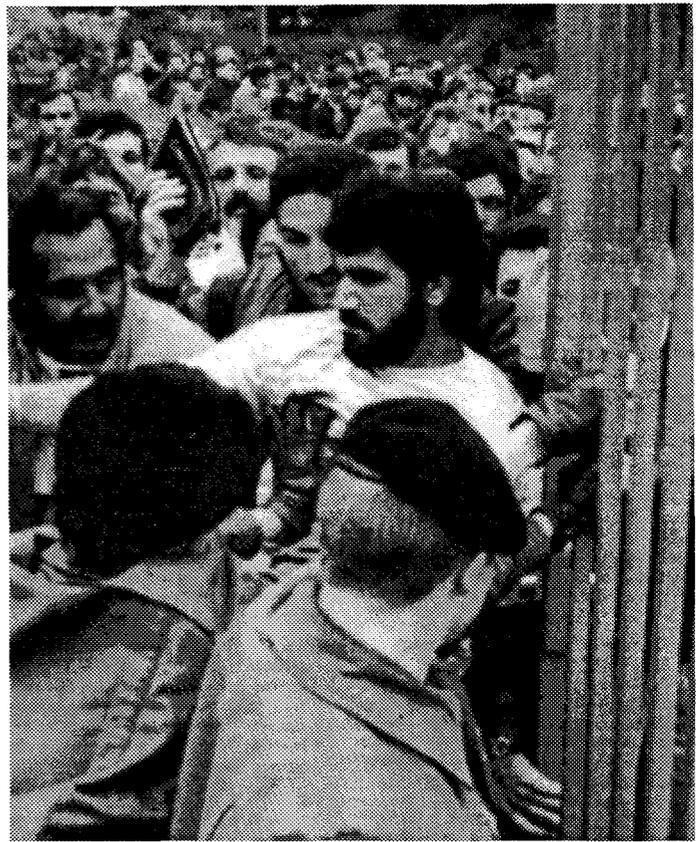
tung der Europäischen Union und die Wirtschafts- und Sozialpolitik der nationalen Regierungen umzukehren“. Tatsächlich richtet sich das Programm des Euromarsches nicht einmal gegen die Europäische Union oder den Maastrichter Vertrag. Gleichzeitig prahlen die VS-Organisatoren damit, daß die Unterstützer des Euromarschs „diejenigen [umfassen], die aus Prinzip gegen den Vertrag sind, und diejenigen, die es nicht sind“ (*Socialist Outlook*, März 1997). Während einige der Teilnehmer Lippenbekenntnisse für ein „Arbeitereuropa“ oder für ein „Vereinigtes Sozialistisches Europa“ ablegen, unterstützen sie alle die sozialdemokratischen und exstalinistischen Arbeiterleutnants des Kapitals – die Partei der Demokratischen Linken und Rifondazione Comunista (RC), die in Italiens kapitalistischer Kahlschlag- und Volksfront-Regierung sitzt beziehungsweise diese stützt; die PS und KPF in Frankreich; Blairs New Labour Party in Britannien. So haben die am Euromarsch teilnehmenden britischen Gruppen in ihren Zeitungen den Aufruf „Wählt Labour“ zu Riesenbuchstaben aufgeblasen.

Im Gegensatz dazu vertritt die IKL die Meinung, daß wirksamer Widerstand gegen die aktuelle kapitalistische Offensive eine revolutionäre internationalistische Perspektive und ein ebensolches Programm erfordert. Die Bourgeoisien in Europa sind fest entschlossen, schonungslos gegen die Arbeiterklasse vorzugehen, Arbeitsplätze zu vernichten, Löhne zu senken, Sozialleistungen zu streichen, und sie treffen damit am härtesten die schwächsten Teile der Gesellschaft. Immigranten, Asylsuchende und ethnische Minderheiten werden zu Sündenböcken gemacht von den kapitalistischen Herrschern, die Rassismus benutzen, um die werktätigen Massen zu spalten und das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu vergiften. In dem Maße, wie die Restauration des Kapitalismus Osteuropa verwüstet und die imperialistische Ausdehnung die Massen der neokolonialen „Dritten Welt“ in immer drückendere Armut treibt, steigt die Zahl der Flüchtlinge, die mit Einreiseverbot oder mit Abschiebung aus der „Festung Europa“ bedroht werden – ebenso nimmt der tödliche rassistische Terror von Bullen und Nazibanden zu, die in Frankreich, Italien, Deutschland und Österreich dramatisch angewachsen sind.

Der Faschismus nährt sich aus der Massenarbeitslosigkeit und Verzweiflung, und in ganz Europa ist der rassistische Terror gegen Immigranten und Roma der Rammbock für die kapitalistischen Angriffe auf den Lebensstandard der gesamten Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse und Minderheiten müssen gemeinsam ihre Interessen durchsetzen, oder sie werden getrennt geschlagen werden. Daher ist die Verteidigung von Immigrantengemeinden – basierend auf der Forderung *Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten und Asylsuchende* – gegen Angriffe der Regierung und der Faschisten der Schlüssel dafür, den Kampf der Arbeiterklasse in Westeuropa weiter voranzubringen.

Außerdem, wie wir im *Spartakist*, November/Dezember 1996, schrieben:

„Wie schwarze Amerikaner sind auch die dunkelhäutigen Proletarier Westeuropas nicht einfach schutzlose Opfer, sondern ein sehr wichtiger Bestandteil der Kräfte, die in der Lage sind, das rassistische kapitalistische System zu zerstören. Westindische Transportarbeiter und südasiatische Krankenschwestern in Britannien, nordafrikanische arabische und berberische Autoarbeiter in Frankreich, türkische Bergarbeiter und kurdische Chemiarbeiter in Deutschland werden in einer europäischen proletarischen Revolution eine wichtige Rolle spielen. Diese Arbeiter bilden eine Brücke zu den proletarischen und bäuerlichen Massen in der neokolonialen ‚Dritten Welt‘, ein lebendiges Verbindungsglied einer internationalen sozialistischen Perspektive. Diese Perspektive zu verwirklichen erfordert vor allem den Aufbau revolutionärer Par-



SZ/Glaser

Zentrale Asylstelle Berlins. Rassismus ist Rammbock für sozialen Kahlschlag in der „Festung Europa“

teien, die Widerschmiedung der Vierten Internationale auf den Grundsätzen von Lenin und Trotzki.“

Für proletarischen Kampf gegen die Europäische Union

Jetzt befürchten die westeuropäischen Mächte, daß das Hauptziel des Maastrichter Vertrages von 1992, nämlich die Einführung der „Währungsunion“, möglicherweise vertagt oder gestrichen wird. Die Wahlen in Frankreich wurden von Chirac angesetzt, um ein Mandat für weitere Angriffe auf die Arbeiterklasse zu erhalten, das notwendig ist, um die Kriterien der Währungsunion fristgemäß zu erfüllen. Doch die Proteststimmen gegen die staatlichen Kürzungen, die im Dezember 1995 zu massiven Streiks im öffentlichen Dienst führten, ermöglichten den Sieg der von den Sozialisten geführten Koalition. Es ist jetzt wenig wahrscheinlich, daß selbst das imperialistische Deutschland die wirtschaftlichen Kriterien für die Währungsunion erfüllen kann.

Wie die Ligue trotskyste de France, Sektion der IKL, in ihrer Erklärung vom 15. Mai zu den Wahlen in Frankreich bemerkte:

„Falls morgen die ‚Währungsunion‘ gestrichen oder auf unbestimmte Zeit vertagt würde angesichts von Arbeiterkämpfen, wäre dies ein Sieg für die Arbeiter, die überall in Europa einen harten Widerstand gegen die kapitalistische Offensive an den Tag gelegt haben...“

Doch wäre ein solcher Sieg notwendigerweise zeitlich begrenzt und umkehrbar. Im Rahmen des kapitalistischen Systems ist es unmöglich, Arbeitslosigkeit, Austerität und Rassismus abzuschaffen.“

Manche reformistischen Organisationen, wie z. B. die Socialist Labour Party (SLP) von Arthur Scargill und die französische KP, stellen die EU und den Maastrichter Vertrag als den Hauptgrund für steigende Arbeitslosigkeit, Kürzung der Staatsausgaben und die allgemeine Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse hin. Damit verschleiern sie die Tatsache, daß der Hauptfeind der Arbei-

ter in jedem Land ihre „eigene“ Bourgeoisie ist, mit oder ohne Maastrichter Vertrag. Dabei muß man daran denken, daß zuerst Britannien unter Thatcher den „Sozialstaat“ zerstörte, und zwar Jahre bevor von einer gemeinsamen europäischen Währung ernsthaft die Rede war. In den 80er Jahren verfolgte die französische Regierung unter dem sozialistischen Präsidenten François Mitterrand (unterstützt von der KPF) die meiste Zeit eine rigide monetaristische Austeritätspolitik. Als Ergebnis stieg die Arbeitslosigkeit ständig von 6 Prozent 1981, als die „Union de la Gauche“ an die Macht kam, auf das Doppelte vor zwei Jahren, als Chirac Mitterrand ablöste.

Unsere Opposition zu Maastricht und zur EU beruht auf einer Perspektive des proletarischen Internationalismus und steht im Gegensatz zum nationalistischen Protektionismus, den die KPF und SLP betreiben, die entweder dazu aufrufen: „Produziert Französisch“, oder: „Stoppt den Import von Kohle“ nach Britannien. 1992 traten Scargill, Führer der Bergarbeitergewerkschaft, und Winston Churchill Junior, ein berüchtigter Rassist, gemeinsam bei einer Kampagne zur „Rettung der britischen Kohle“ auf. Ähnlich forderte der deutsche IG-Metall-Führer Klaus Zwickel „Einwanderungsquoten“ zur „Entlastung des deutschen Arbeitsmarktes“, und die deutsche Bauarbeitergewerkschaft organisierte eine Demonstration, die sich ausdrücklich gegen portugiesische, polnische und russische Arbeiter richtete. Nationalismus ist Gift für die Arbeiterklasse und schürt Rassismus dadurch, daß er Teile der Arbeiterklasse innerhalb eines jeden Landes und der verschiedenen Länder gegeneinander hetzt.

Die Macht der Arbeiterklasse muß dafür mobilisiert werden, für eine gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit ohne Lohnverzicht zu kämpfen, damit die Arbeit auf alle Hände verteilt und der Lebensstandard der Arbeiter aufrechterhalten wird. Der Versuch der Bosse, ein Zwei-Klassen-Lohnssystem zu schaffen, zielt auch darauf ab, Jugendliche und Immigranten gegen die Gewerkschaften aufzuhetzen. Jetzt müssen die Gewerkschaften mehr denn je dafür kämpfen, alle nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und die Arbeitslosen zu organisieren. Wir kämpfen für Industriegewerkschaften, die alle Arbeiter der gleichen Industrie umfassen. Die Massenarbeitslosigkeit und die Angriffe auf Sozialleistungen haben Arbeiterinnen am härtesten getroffen. Wir fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit sowie kostenlose Kinderbetreuung rund um die Uhr. Um diese Forderungen zu erreichen, muß man die Massen systematisch zur proletarischen Revolution mobilisieren.

Die Arbeiterklasse muß rassistischen Terror bekämpfen

Die tödliche Gefahr eines derartigen Nationalismus war klar, als im Februar in Berlin-Hellersdorf die faschistischen „Jungen Nationaldemokraten“ eine mörderische rassistische Provokation unter der Parole „Arbeit zuerst für Deutsche“ durchzuführen versuchten. Aber die Nazi/Skinhead-Provokation wurde durch eine Einheitsfront-Mobilisierung von Hunderten antifaschistischen Demonstranten verhindert. Für diesen bescheidenen, aber politisch wichtigen Sieg über die Faschisten, die sich unter starkem Polizeischutz panikartig verkriechen mußten, war ein politischer Kampf gegen die Abwiegeleien der sozialdemokratischen Parteien SPD und PDS erforderlich. Diejenigen, die die Nazis *stoppen* wollten, wurden unter der Führung der Spartakist-Arbeiterpartei mobilisiert.

Im Grunde erwarten die Reformisten von den Kräften des rassistischen kapitalistischen Staates, daß diese mit den Faschisten fertig werden. Doch jedes Verbot oder jede andere Maßnahme des bürgerlichen Staates gegen die Faschisten – die bewaffneten Banden zur Verteidigung des Kapitals, die

von den Herrschenden in Reserve gehalten werden, damit diese sie gegen das Proletariat einsetzen können – wird sich letzten Endes gegen die Arbeiterorganisationen richten. Im Gegensatz dazu wissen wir, daß zur Zerschlagung der faschistischen Banden die Mobilisierung der sozialen Macht des organisierten Proletariats – das an der Spitze aller Unterdrückten steht – erforderlich ist. Diese Perspektive zeigte sich bei Einheitsfront-Massenaktionen, die von der Spartacist League/U.S. initiiert wurden und die den Ku Klux Klan und Nazi-Provokationen in einer Reihe von Städten gestoppt haben.

Gerade die Politik der reformistischen Massenparteien – die als Teil des „Establishments“ gelten und eingeschworene Verteidiger des kapitalistischen Status quo sind, der immer unerträglicher wird – erzeugt in Wirklichkeit das Wachstum der faschistischen Gefahr. Diese Reformisten haben nichts anderes anzubieten als noch mehr Kahlschlag, Arbeitslosigkeit, Angriffe auf Sozialleistungen, Massenabschiebungen von „illegalen“ Immigranten. Die Faschisten haben es dann einfach, sich in den Augen des Kleinbürgertums und der rückständigsten Arbeiter als die einzige „radikale“ Alternative zur bestehenden Ordnung hinzustellen.

Man muß der chauvinistischen Demagogie von Le Pen oder Haider in Österreich, die ein Ende der Arbeitslosigkeit durch Massenabschiebungen von Immigranten versprechen, die sozialistische Neuorganisation der Wirtschaft der europäischen Länder entgegenstellen, die allein Arbeit für alle bei rasch steigendem Lebensstandard schaffen kann. Wie Trotzki 1930 schrieb, als unter der Auswirkung der Weltwirtschaftskrise die Nazi-Partei zur wirklichen Gefahr wurde und die Macht zu ergreifen drohte:

„Das Problem der Arbeitslosigkeit ist einer der wichtigsten Bestandteile der politischen Krise. Der Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung und für den Sieben-Stunden-Tag bleibt ganz und gar aktuell...“

Die Vereinigten Sowjetstaaten Europas, das ist die einzig richtige Losung, die einen Ausweg aus der Zerstückelung Europas zeigt, die nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa mit völligem wirtschaftlichen und kulturellen Niedergang bedroht.

Die Losung der proletarischen Vereinigung Europas bildet gleichzeitig eine sehr wichtige Waffe im Kampf gegen den niederträchtigen faschistischen Chauvinismus, gegen die Frankreichhetze usw.“ („Die Wendung der Komintern und die Lage in Deutschland“, 26. September 1930)

Ein kapitalistischer „Superstaat“ Europa? Utopisch und reaktionär

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Vorläufer der Europäischen Union, wurde Mitte der 50er Jahre als ökonomisches Anhängsel zum NATO-Militärbündnis gegen den Sowjetblock gegründet. Ihr Vorgänger war der vom US-Imperialismus Ende der 40er Jahre durchgeführte Marshall-Plan des Kalten Kriegs. Doch seit der Konterrevolution in der ehemaligen UdSSR und Osteuropa ist das wiedervereinigte Vierte Reich noch dominierender in der EU geworden, wobei die Bundesbank geradezu besessen die Austeritätspolitik vom Mittelmeer bis zur Ostsee diktiert. Deutschlands erneuter Drang zur Vorherrschaft in Europa hat innerhalb der herrschenden Klassen der anderen EU-Länder scharfe Trennungslinien hervorgerufen, besonders bei Britannien und Frankreich, Deutschlands Gegnern in zwei Weltkriegen. Der deutsche Außenminister Klaus Kinkel sagte der Amsterdamer Konferenz voraus, daß sie zu einer „Nacht der langen Messer“ werden könnte, was einen mit Schauern daran erinnert, daß das Vierte Reich der Nachfolgestaat von Hitlers Drittem Reich ist.

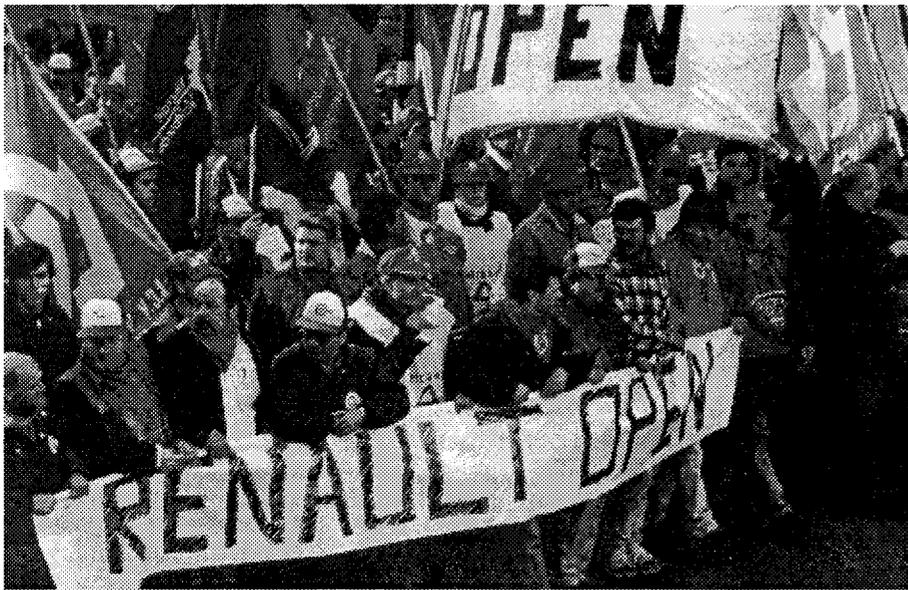
Die Kontrolle über die Geldmenge innerhalb der eige-

nen Grenzen ist eine wirtschaftliche Grundvoraussetzung für einen bürgerlichen Staat, die notwendigerweise eng verknüpft ist mit anderen Instrumenten der Wirtschaftspolitik. Ein stabiles Währungssystem auf der Basis des „Euro“ würde strenge und ständige Einschränkungen von Steuereinnahmen und Staatsausgaben in allen EU-Mitgliedsstaaten erfordern. Das ist genau das, was Kohl und die Bundesbank jetzt verlangen. Aber da der Kapitalismus auf der Grundlage einzelner Nationalstaaten organisiert ist, was die Ursache von wiederholten imperialistischen Kriegen zur Neuaufteilung der Welt ist, ist es unmöglich, einen stabilen alleuropäischen bürgerlichen Staat zustande zu bringen. Ein imperialistischer „Superstaat“ Europa kann nur durch die Methoden von Adolf Hitler erreicht werden, nicht durch die Methoden von Jacques Delors, dem französischen sozialdemokratischen Architekten von Maastricht. Sollte das Maastrichter Projekt einer gemeinsamen europäischen Währung zustande kommen, würde das nur auf eine kurze, konfliktreiche Episode hinauslaufen.

Die Vorstellung einer allmählichen Evolution hin zu den „Vereinigten Staaten von Europa“ unter dem Kapitalismus ist eine utopische Phantasie. Lenins Verurteilung dieses Konzepts 1915 war eindeutig:

„Vom Standpunkt der ökonomischen Bedingungen des Imperialismus, d. h. des Kapitaleports und der Aufteilung der Welt durch die ‚fortgeschrittenen‘ und ‚zivilisierten‘ Kolonialmächte, sind die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär...“

Natürlich sind *zeitweilige* Abkommen zwischen den Kapitalisten und zwischen den Mächten möglich. In diesem Sinne sind auch die Vereinigten Staaten von Europa möglich als Abkommen der *europäischen* Kapitalisten ...



B. Bisson/Syigma

Massendemonstration in Brüssel: Von Belgien bis Spanien streikten Renault-Arbeiter gegen Austeritätspolitik der Kapitalisten

worüber? Lediglich darüber, wie man gemeinsam den Sozialismus in Europa unterdrücken, gemeinsam die geraubten Kolonien gegen Japan und Amerika verteidigen könnte.“ („Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa“, August 1915)

Im *Kommunistischen Manifest* von 1848 stellten Marx und Engels fest, daß das kapitalistische System einen Weltmarkt hervorgebracht und damit die Grundlage für proletarischen Internationalismus geschaffen hatte. Nur die Eroberung der Staatsmacht durch die Arbeiterklasse und die Errichtung der Diktatur des Proletariats wenigstens in mehreren fortgeschrittenen Industrieländern wird eine rational geplante

Wirtschaft ermöglichen und dabei die Produktionskapazität Europas in den Dienst der Werktätigen aller Länder stellen. Nur auf dieser Grundlage können wir von den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa sprechen.

Am linken Rand der europäischen Sozialdemokratie

Die gegenwärtigen Angriffe auf die Arbeiterklasse und Immigranten in Westeuropa wurden vorbereitet durch die konterrevolutionäre Zerstörung der Sowjetunion. In Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion sind die verheerenden Folgen der kapitalistischen Restauration offenkundig: von interkommunalem Gemetzel bis zu weitverbreitetem Hunger und Obdachlosigkeit. In Polen und in anderen Ländern wurden Frauen aus dem Arbeitsprozeß vertrieben, und gleichzeitig wurde ihnen das Recht auf Abtreibung drastisch beschnitten. Die Auswirkung der Konterrevolution, sowohl in den ehemaligen degenerierten/deformierten Arbeiterstaaten als auch international, unterstreicht, wie richtig die trotzkistische Position zur russischen Frage war: für bedingungslose militärische Verteidigung des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaates und der deformierten Arbeiterstaaten gegen imperialistische Angriffe und innere Konterrevolution und für proletarisch-politische Revolution zum Sturz der stalinistischen Bürokratie. Das ist weiterhin unser Programm für die übriggebliebenen Arbeiterstaaten China, Vietnam, Nordkorea und Kuba.

1979 sagten wir „Hoch die Rote Armee in Afghanistan!“ und: „Für die Ausweitung der sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution auf die afghanischen Völker!“ Wir stellten fest, daß die Rote Armee den sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat gegen den Imperialismus verteidigte und auf der Seite des sozialen Fortschritts war, weil sie die

Rechte der Frauen gegen die von der CIA unterstützten reaktionären Mudschaheddin verteidigte. Seit sich Solidarność in Polen im Herbst 1981 auf ein offen imperialistisches Programm festgelegt hatte, erhoben wir die Forderung: „Stoppt die Konterrevolution von Solidarność!“ Acht Jahre später mobilisierten wir unsere Kräfte, um in der DDR der sich entfaltenden politischen Revolution, die vor der Öffnung der Berliner Mauer ausbrach, revolutionäre Führung zu geben. Während Gorbatschow der kapitalistischen Wiedervereinigung grünes Licht gab und die Stalinisten der SED-PDS die DDR ausverkauften, standen wir in bedingungsloser Opposition gegen den kapitalistischen Anschluß des ostdeutschen deformierten Arbeiterstaates durch den deutschen Imperialismus. Wir kämpften für ein Rotes Rätendeutschland als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Heute, wo sich die westeuropäischen Bourgeoisien über den „Tod des Kommunismus“ ergötzen und die staatlichen Sozialleistungen zerschlagen, sind die eh' schon sehr zahmen sozialdemokratischen und exstalinistischen Massenparteien noch weiter nach rechts gegangen. An vorderster Stelle steht Tony Blairs New Labour in Britannien, deren Führer sie in eine ausgesprochen bürgerliche Partei nach dem Vorbild von Clintons Demokraten in den USA ummodellieren wollen. Blairs Partei hat ihre wenigen Punkte, mit denen sie noch vorgab, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, fallengelassen und beabsichtigt, die Verbindung von Labour zu den Gewerkschaften zu kappen.

Im Einklang mit dieser Rechtswende unterstützt eine

Menge pseudotrotzkistischer Gruppen offen die Lüge, daß der Kapitalismus reformiert werden könne. Eine der kleineren an der Euromarsch-Kampagne beteiligten zentristischen Gruppen, die britische Gruppe Workers Power (WP) und ihre Liga für eine Revolutionär Kommunistische Internationale (LRKI), behauptet tatsächlich, daß die Europäische Union und eine gemeinsame europäische Währung etwas Fortschrittliches seien oder das Potential dazu haben. WP vertrat bei den Maastricht-Referenden 1992 die Position der Stimmenthaltung. Im Kielwasser von Blairs Lobeshymnen auf eine EU-„Sozialcharta“ argumentierte WP, daß „die Bedingungen des Maastrichter Abkommens auch eine Basis für die Ausweitung von Rechten und Errungenschaften auf solche Staaten sein könnten, wo die Arbeiterklasse diese Errungenschaften nie gewonnen hatte oder wo sie sie verloren hat“, und fügte hinzu, daß „die europäischen Arbeiter nach der Inkraftsetzung der Maastrichter Bedingungen bis zu einem gewissen Grad besser gerüstet sein werden, um auf kontinentaler Ebene zurückzuschlagen“ (*Workers Power*, Juni 1992).

Heute halten diese EU-Sozialisten immer noch daran fest, daß Maastricht einem national „isolierten“ Kapitalismus vorzuziehen sei:

„Die Nationalstaaten würden genau dieselbe arbeiterfeindliche Politik durchführen, ob sie nun innerhalb oder außerhalb der EU sind. In dem Maße, wie sie auf kleinere Märkte zurückgeworfen und mit schärferen Konkurrenzbedingungen konfrontiert würden, müßten ihre Kapitalisten die Angriffe verdoppeln.“ („Build a United Socialist Europe!“ [Für den Aufbau eines Vereinigten Sozialistischen Europas!], *Workers Power*, Mai 1997)

Die LRKI gibt hier auf ihre Weise die Drohungen der Bundesbank und der internationalen Finanzwelt wieder, daß in den EU-Mitgliedsstaaten, die die gemeinsame Währung nicht akzeptieren, eine massive Kapitalflucht einsetzen würde und die ökonomischen Schwierigkeiten im Vergleich zu den Folgen der Maastrichter Konvergenzkriterien noch schlimmer wären. Genau diese Art von Argumenten wird sowohl von Kapitalisten als auch von Arbeiterbürokraten benutzt, die damit in Europa auf nationalstaatlicher Ebene gegen höhere Löhne und Sozialleistungen auftreten.

Die Antwort der LRKI auf Maastricht ist eine Parodie des parlamentarischen Kretinismus:

„Für die Auflösung des machtlosen Europaparlaments und für die Einberufung einer europaweiten Verfassungsgebenden Versammlung (organisiert und verteidigt durch die Arbeiterorganisationen), um das Maastrichter Abkommen zu zerreißen und einen neuen Arbeiterplan für ökonomische und politische Konvergenz zu entwerfen, der auf die Bedürfnisse der Arbeiter und nicht der herrschenden Klasse zugeschnitten ist.“ (*Workers Power*, Januar 1997)

Warum nicht gleich den NATO-Vertrag zerreißen, wenn sie schon mal dabei sind? Oder wie wär's mit „Öffnung der Grenzen“ der bürgerlichen Staaten – eine andere utopische Forderung von Workers Power/Arbeitermacht? Der Maastrichter Vertrag ist ein Abkommen zwischen bürgerlichen Staaten. Wie Marx und Engels vor langer Zeit erklärt haben, gründen sich bürgerliche Staaten letztlich nicht auf Parlamente und Ministerien, sondern auf *Formationen bewaffneter Menschen*. Die Arbeiterklasse kann nur dann die Wirtschafts- und Militärabkommen des kapitalistischen Weltsystems zerreißen, wenn sie den bürgerlichen Staatsapparat zerschlägt und durch die Diktatur des Proletariats in Form einer Arbeiterräterregierung ersetzt. Aber diese Perspektive ist den Zielen der Organisatoren des Euromarsches '97 völlig entgegengesetzt.

In der Praxis läuft der „Internationalismus“ von Gruppen wie dem VS, der LRKI und den Zentristen der

britischen Leninistisch-Trotzkistischen Tendenz auf die Unterstützung eines „fortschrittlichen“ Imperialismus hinaus. Dies zeigte sich anschaulich bei ihrer gemeinsamen Kampagne „Workers Aid to Bosnia“ (Arbeiterhilfe für Bosnien), die ein Deckmantel für die NATO/UN-Intervention auf Seiten der bosnischen Muslime war und den kommunalistischen Krieg auf dem Balkan anheizte. Die Forderung der „Workers Aid“-Kampagne, „das Waffenembargo gegen Bosnien aufzuheben“, war ein kaum verhüllter Aufruf an den Imperialismus, die bosnisch-muslimischen Kräfte zu bewaffnen. Die Restauration des Kapitalismus im bürokratisch deformierten Arbeiterstaat Jugoslawien führte zu einem allseitigen kommunalistischen Massaker unter den Völkern des Balkans, das durch rivalisierende imperialistische Interventionstruppen angeheizt wurde. Als proletarische Internationalisten stellen wir uns gegen alle konkurrierenden nationalistischen Kräfte, fordern den Rückzug aller imperialistischen Truppen und riefen zur Verteidigung der bosnischen Serben auf, als sie die Zielscheibe von NATO-Bombenangriffen waren. Wir wissen, daß die einzige gerechte Lösung gegenüber dem mörderischen Nationalismus und Kommunalismus in der sozialistischen Revolution liegt, die alle reaktionären Regime hinwegfegt und eine Sozialistische Föderation des Balkans errichtet.

Es ist die Pflicht von Kommunisten in den imperialistischen Ländern, zur militärischen Niederlage der „eigenen“ Bourgeoisie in Kriegen gegen die Kolonialländer und Halbkolonien aufzurufen und darauf hinzuarbeiten. Unsere Genossen der LTF kämpfen gegen die blutigen kolonialen Machenschaften der französischen imperialistischen Truppen in Afrika. Im Rahmen der Vorbereitungen zum Euromarsch erklärte die britische Socialist Party (SP, früher Militant Labour; in Deutschland Sozialistische Alternative Voran): „Wir sind Internationalisten und unterstützen eine größere Solidarität und Integration der arbeitenden Völker Europas und der Welt“ (*Socialist*, 16. Mai). Der „Internationalismus“ der britischen SP geht allerdings nicht so weit, daß sie gegen den britischen Imperialismus in Irland wäre. In Britannien ist sie berüchtigt für ihre Weigerung, den Abzug der britischen Truppen aus Nordirland zu fordern, und zu ihren Veranstaltungen in Belfast und Dublin hat sie einen Repräsentanten der faschistoiden loyalistischen Ulster-Todesschwadronen eingeladen, der für den Mord an zwei Katholiken verurteilt worden ist. Skandalöserweise hat die britische SWP die Entsendung von britischen Truppen nach Nordirland 1969 *unterstützt* unter dem Vorwand, sie würden „Leben retten“.

Im krassen Gegensatz zu diesem Sozialchauvinismus kämpfen die Spartacist League/Britain und die Dublin Spartacist Group für den sofortigen, bedingungslosen Abzug der britischen Truppen aus Nordirland als Teil des Kampfes für eine irische Arbeiterrepublik innerhalb einer Sozialistischen Föderation der Britischen Inseln. Wie die SL/B in einer Erklärung vom 21. April zu den Wahlen hervorhob:

„Wir sind gegen eine zwangsweise Wiedervereinigung von Irland und warnen davor, daß es im Rahmen des Kapitalismus keine allen Seiten gerecht werdende Lösung für die nationale Unterdrückung in Irland geben kann. In Nordirland besteht die Situation, daß verschiedene Völkerschaften auf einem gemeinsamen Gebiet leben, wobei gegenwärtig die katholische Minderheit innerhalb des konfessionellen Orange-Kleinstaates unterdrückt wird... Eine proletarische Perspektive ist notwendigerweise internationalistisch und erfordert auf beiden Seiten der irischen Grenze und auf beiden Seiten der Irischen See die Mobilisierung der Arbeiterklasse für den revolutionären Sturz des britischen Imperialismus, die

Christian v. Polenz



**15. Februar:
Antifaschistische
Demonstranten in
Berlin auf dem
Bahnsteig
konfrontieren die
Nazis, die in einem
U-Bahn-Waggon
hinter Polizeischutz
kauern**

Zerschlagung des Orange-Kleinstaates im Norden sowie des katholischen Klerikalstaates im Süden.“

Gegen Volksfrontpolitik

Wie Lenin bemerkte, ist es für eine kleine revolutionäre Organisation unter gewissen Bedingungen eine korrekte Taktik, einer größeren reformistischen Arbeiterpartei kritische Wahlunterstützung zu geben. Die Grundvoraussetzung für eine solche Taktik ist, daß die betreffende reformistische Partei sich als Vertreterin der Arbeiterinteressen unabhängig von den und gegen die Parteien der Bourgeoisie präsentiert. Die kritische Wahlunterstützung verschafft den Revolutionären ein breiteres Gehör für ihre Ansichten und versetzt sie in eine bessere Lage, militante Arbeiter zu gewinnen, die durch den unvermeidlichen Verrat ihrer Führer an deren erklärten Prinzipien und Programmen desillusioniert werden. So hat die Spartacist League/Britain bei den jüngsten Wahlen eine Kampagne für Arthur Scargills SLP geführt, eine linke Abspaltung von Blairs „New“ Labour Party. Die SLP, die in Opposition zu New Labour kandidierte, tritt für eine Art „Old Labour“-Reformismus ein.

Wie Lenin und Trotzki steht die IKL prinzipiell gegen jede Art von Bündnissen mit kapitalistischen Parteien („Volksfront“), ob an der Regierung oder in der Opposition, wie in Italien PDS und RC sowie in Frankreich PS und KPF. Die LTF schrieb in ihrem Flugblatt vom 15. Mai, daß die französischen reformistischen Parteien durch ihre Allianz mit bürgerlichen Formationen (darunter der ultrachauvinistische Jean-Pierre Chevenement) „somit Repräsentanten einer bürgerlichen Koalition werden. Unter diesen Bedingungen ist eine Stimme für die Parteien in diesen Koalitionen eine Stimme für den Klassenfeind. Das ist ein Bruch mit dem Prinzip der Klassenunabhängigkeit. *Keine Stimme für Arbeiterparteien in Volksfronten! Nein zur Klassenkollaboration!*“ Die LTF war auch gegen jede Stimme für Lutte ouvrière, die sich demonstrativ weigert, an Kämpfen gegen die Le-Pen-Faschisten oder gegen Rassismus überhaupt teilzunehmen.

Die französische VS-Sektion LCR und die LRKI-Gruppe Pouvoir ouvrier riefen beide zur Wahl der Pro-Maastricht-Sozialisten und virulenten Chauvinisten der KPF auf. Das führt ihre Sprüche von einem „sozialistischen Europa“ ad absurdum. In Italien dient die VS-Sektion als loyale „Opposition“ innerhalb von RC, die selbst wiederum als Stütze der kapitalistischen „Mitte-Links“-Regierung von Prodi agiert.

Die „Ulivo“-Koalition steuert die brutalen Austeritätsmaßnahmen, mörderische Angriffe auf Immigranten und die imperialistische Militärintervention in Albanien. Die linkeren Elemente im VS schauen auf die zentristische Proposta-Gruppe, geführt von Franco Grisolia, die innerhalb von RC dem Volksfront-Verrat ein „linkes“ Gesicht verleiht. Proposta bewies erst kürzlich ihre Treue zum italienischen Imperialismus, als sie für einen Antrag von RC stimmte, mit dem der Militärintervention in Albanien das Feigenblatt der „Vereinten Nationen“ übergestülpt werden sollte. Unsere Genossen der Lega trotskista d'Italia verurteilten den blutigen Mord an 89 albanischen Flüchtlingen durch die italienische Kriegsmarine und forderten: „Italienischer Imperialismus: Blutige Hände weg von Albanien! Volle Staatsbürgerrechte für die albanischen Flüchtlinge und alle Immigranten!“

Für den Kommunismus von Lenin und Trotzki!

Die Sozialdemokraten und Ex-Stalinsten präsentieren sich jetzt als „kleineres Übel“, als Befürworter einer geringeren Arbeitslosenrate, eines geringeren Abbaus der Sozialprogramme und insgesamt einer geringeren wirtschaftlichen Verelendung. Und die „linken“ Pseudotrotzkisten sind wiederum zu Verteidigern des „sozialstaatlichen“ Status quo geworden. Wir treten für ein grundlegend anderes Programm und eine grundlegend andere Perspektive ein: die Zerschlagung des kapitalistischen Staates, die Enteignung der Produktionsmittel und die Errichtung einer kollektivierten Planwirtschaft unter einer Arbeiterregierung. Wir wollen vorwärtsgehen zu neuen Oktoberrevolutionen in ganz Europa und auf der ganzen Welt. Wie das *Übergangsprogramm*, das Gründungsdokument der Vierten Internationale von 1938, feststellt:

„Die Vierte Internationale sucht und erfindet keine Allheilmittel. Sie stellt sich völlig auf den Boden des Marxismus als der einzigen revolutionären Lehre, die dazu befähigt, die Realität zu verstehen, die Ursache der Niederlagen zu erfassen und den Sieg bewußt vorzubereiten. Die Vierte Internationale setzt die Tradition des Bolschewismus fort, der als erster dem Proletariat zeigte, wie man die Macht erobert.“

Die IKL hat sich der Aufgabe verpflichtet, Trotzki's Vierte Internationale durch unnachgiebigen politischen Kampf gegen die sozialdemokratischen und exstalinistischen Verräter und ihre zentristischen Anhängsel wiederzuschmieden. ■

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League, PO Box 7429, New York NY 10116, USA

Spartacist League of Australia

Spartacist ANZ Publishing Co.
GPO Box 3473, Sydney, NSW, 2001, Australien

Australasian
SPARTACIST 

Marxist newspaper of the Spartacist League of Australia
\$5/4 issues (1 year) in Australia and seamail elsewhere
\$7/4 issues—Airmail

Spartacist League/Britain

Spartacist Publications
PO Box 1041, London NW5 3EU, England

WORKERS HAMMER 

Marxist newspaper of the Spartacist League/Britain
£3/1 year International rate: £7—Airmail
Europe outside Britain and Ireland: £4

Trotskyist League of Canada/ Ligue trotskyste du Canada

Spartacist Canada Publishing Association
Box 6867, Station A, Toronto, Ontario M5W 1X6, Kanada

SPARTACIST CANADA 

English-language newspaper of the Trotskyist League/
Ligue trotskyste
\$3/4 issues International rate: \$8—Airmail

Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands

SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 5 55, 10127 Berlin, Deutschland

SPARTAKIST 

Herausgegeben von der Spartakist-Arbeiterpartei
Deutschlands

6 Ausgaben: DM 5,—
Auslandsabo: DM 15,— Übersee Luftpost: DM 20,—

Dublin Spartacist Group

PO Box 2944, Dublin 1, Irland

Ligue trotskyste de France

Le Bolchévik, BP 135-10, 75463 Paris Cedex 10, Frankreich

LE BOLCHEVIK 

Publication de la Ligue trotskyste de France
4 numéros: 20FF Hors Europe: 40FF (avion: 60FF)
Etranger: mandat poste international

Spartacist Group India/Lanka

Schreibt an International Communist League, New York, USA

Legia trotskista d'Italia

Walter Fidacaro, C.P. 1591, 20101 Milano, Italien

SPARTACO 

Organo della Lega trotskista d'Italia
Abbonamento a 4 + supplemento: L. 5.000
Europa: L. 8.000 Paesi extraeuropei: L. 12.000

Spartacist Group Japan

PO Box 49, Akabane Yubinkyoku, Kita-ku, Tokyo 115, Japan

スバルタシスト

Publication of the Spartacist Group Japan
Aktuelle Ausgabe: ¥100

Grupo Espartaquista de México

H. Herrera, Apdo. Postal 453, 06002 México 1, D.F., Mexiko

ESPARTACO

Publicación del Grupo Espartaquista de México
México: 4 números/\$10 (por correo)
Extranjero: US \$4/4 (vía aérea)
US \$2/4 (vía terrestre/marítima)

Spartacist/Moskau

Schreibt an Le Bolchévik, Paris, Frankreich

Бюллетень Спартаковцев

Spartakusowska Grupa Polski

Platforma Spartakusowców, Skrytka Poczтовая 148
02-588 Warszawa 48, Polen

Platforma
SPARTAKUSOWCÓW 

Pismo Spartakusowskiej Grupy Polski
Aktuelle Ausgabe: 1.50 zł

Spartacist/South Africa

Spartacist, PostNet Suite 248,
Carlton Center, Level 100, Shop 140,
Commissioner Street, Johannesburg 2001, Südafrika

Spartacist League/U.S.

Box 1377 GPO, New York, NY 10116, USA

WORKERS VANGUARD

Biweekly organ of the Spartacist League/U.S.
\$10/22 issues (1 year)
International rates:
\$25/22 issues—Airmail \$10/22 issues—Seamail